

**Antrag 70/I/2021****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Antiziganismus und antiziganistisch motivierte Diskriminierung strukturell bekämpfen!**

1 Rassismus gegen Sinti\*zze und Rom\*nja ist in unserer  
 2 Gesellschaft tief verankert! Ein Beispiel: Am 6. Febru-  
 3 ar 2021 legten zwei Polizeibeamten einem Elfjährigen  
 4 Handschellen an, verweigerten ihm den telefonischen  
 5 Kontakt zu seiner Familie, drohten ihm und beleidigten  
 6 ihn antiziganistisch. Der Rassismus gegenüber Sinti\*zze  
 7 und Rom\*nja und Menschen, die dafür gehalten werden,  
 8 wird in Deutschland nach wie vor offen ausgelebt.

9  
 10 Betroffene erleben täglich Anfeindungen und Diskrimi-  
 11 nierung in der Öffentlichkeit, in den Verwaltungs- und  
 12 Sicherheitsbehörden, in Schulen, bei Inanspruchnahme  
 13 von Dienstleistungen und Gütern. Betroffene haben mit  
 14 Stigmatisierungen und strukturellen Nachteilen zu kämp-  
 15 fen und erleben ständige Benachteiligungen und Aus-  
 16 grenzung. Circa die Hälfte der Deutschen teilt antiziganis-  
 17 tische Einstellungen.

18  
 19 Es bedarf nach wie vor der Aufklärung und Sensibilisie-  
 20 rung zum antiziganistischen Rassismus. Daher fordern  
 21 wir:

- 22 • Aufklärung über (die Geschichte) von Sinti\*zze  
 23 und Rom\*nja und Antiziganismus in Schulcurricula  
 24 stärker anbinden, insbesondere der Porajmos, al-  
 25 so der Völkermord und die Verfolgung von Sinti\*zze  
 26 und Rom\*nja in Zeiten des Nationalsozialismus
- 27 • Zusätzlich sollen Bildungs- und Begegnungsprojek-  
 28 te für Jugendliche sowie Projekte in der Erwachse-  
 29 nenbildung zur Geschichte und Kultur von Sinti\*zze  
 30 und Rom\*nja verstärkt gefördert werden
- 31 • Regelmäßige Sensibilisierungsmaßnahmen und  
 32 Workshops in Bundes- und Landesbehörden, u.a.  
 33 zur Entstehung, Erscheinungsformen, Auswirkun-  
 34 gen sowie zur Bekämpfung von Antiziganismus
- 35 • Zusätzliche Maßnahmen zur Unterbindung von Ras-  
 36 sismus gegen Sinti\*zze und Rom\*nja in Form von ra-  
 37 cial profiling (Anlasslose Polizeikontrollen anhand  
 38 rassistischer Zuschreibungen) bei den Sicherheits-  
 39 und Polizeibehörden
- 40 • Zivilgesellschaftliche Interessensvertretungen von  
 41 Betroffenen und gegen Antiziganismus benötigen  
 42 strukturelle und finanzielle Unterstützung in der so-  
 43 zialen Arbeit, Empowerment, Präventions- und Bil-  
 44 dungsarbeit
- 45 • Politik „mit“ statt „über“ Betroffene: Einrichtung  
 46 von Sinti\*zze und Rom\*nja-Beiräte auf Bundes-  
 47 und Landesebene zur Beratung und Unterstützung

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der Rassismus gegenüber Sinti\*zze und Rom\*nja und  
 Menschen, die dafür gehalten werden, wird in Deutsch-  
 land nach wie vor offen ausgelebt.

Betroffene erleben täglich Anfeindungen und Diskrimi-  
 nierung in der Öffentlichkeit, in den Verwaltungs- und  
 Sicherheitsbehörden, in Schulen, bei Inanspruchnahme  
 von Dienstleistungen und Gütern. Betroffene haben mit  
 Stigmatisierungen und strukturellen Nachteilen zu kämp-  
 fen und erleben ständige Benachteiligungen und Aus-  
 grenzung. Circa die Hälfte der Deutschen teilt antiziganis-  
 tische Einstellungen.

Es bedarf nach wie vor der Aufklärung und Sensibilisie-  
 rung zum antiziganistischen Rassismus. Daher fordern  
 wir:

- Aufklärung über (die Geschichte) von Sinti\*zze  
 und Rom\*nja und Antiziganismus in Schulcurricula  
 stärker anbinden, insbesondere der Porajmos, al-  
 so der Völkermord und die Verfolgung von Sinti\*zze  
 und Rom\*nja in Zeiten des Nationalsozialismus
- Zusätzlich sollen Bildungs- und Begegnungsprojek-  
 te für Jugendliche sowie Projekte in der Erwachse-  
 nenbildung zur Geschichte und Kultur von Sinti\*zze  
 und Rom\*nja verstärkt gefördert werden
- Regelmäßige Sensibilisierungsmaßnahmen und  
 Workshops in Bundes- und Landesbehörden, u.a.  
 zur Entstehung, Erscheinungsformen, Auswirkun-  
 gen sowie zur Bekämpfung von Antiziganismus
- Zivilgesellschaftliche Interessensvertretungen von  
 Betroffenen und gegen Antiziganismus benötigen  
 strukturelle und finanzielle Unterstützung in der so-  
 zialen Arbeit, Empowerment, Präventions- und Bil-  
 dungsarbeit
- Politik „mit“ statt „über“ Betroffene: Einrichtung  
 von Sinti\*zze und Rom\*nja-Beiräte auf Bundes-  
 und Landesebene zur Beratung und Unterstützung  
 von politischen Entscheidungen zur Teilhabe und  
 Partizipation von Sinti\*zze und Rom\*nja. Berlin hat  
 in der Novellierung des Partizipations- und Inte-  
 grationsgesetzes (PartIntG) einen guten Vorschlag  
 gemacht.

48 von politischen Entscheidungen zur Teilhabe und  
49 Partizipation von Sinti\*zze und Rom\*nja. Berlin hat  
50 in der Novellierung des Partizipations- und Inte-  
51 grationsgesetzes (PartIntG) einen guten Vorschlag  
52 gemacht.